

Startseite Schweiz

Wohnen im Alter

Die rüstigen Rentner fordern die Städte

Nach der familiengerechten Stadtentwicklung rückt nun das Alter in den Fokus. Früher landeten Senioren im Altersheim. Die Babyboomer bleiben länger selbständig – wenn sie eine passende Wohnung finden.

von **Daniel Gerny, Erich Aschwanden** | 24.6.2015, 05:30 Uhr

«Mein Mann und ich haben es gerade noch rechtzeitig geschafft, ohne äusseren Druck in eine altersgerechte Wohnung umzuziehen», schreibt die Achtzigjährige über ihren Umzug im hohen Alter: «Ein Wohnungswechsel kann beleben und Wunder wirken fürs Lebensgefühl – aber bis es so weit war . . .» Mit diesem Stosseufzer schildert die Schriftstellerin Judith Giovanelli-Blocher ihre Situation in einem Essay für die Stiftung Age, die sich mit Wohnformen im Alter beschäftigt. So wie der Schwester von Christoph Blocher geht es in den kommenden Jahren vielen Senioren, denn die städtische Bevölkerungsstruktur verändert sich stark.

Doppelt so viele Alte

Der erste der geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge, Babyboomer genannt, feiert im kommenden Jahr den 70. Geburtstag. Das schlägt sich zahlenmässig nieder: Betrug der Anteil der über 65-Jährigen 1990 noch 13,3 Prozent, wird sich dieser bis 2030 gemäss einem mittleren Szenario des Bundesamts für Statistik fast verdoppeln (24,2 Prozent). In den Städten ist der Anteil der Senioren noch höher. Die Anzahl der Umzüge im Alter und damit die Nachfrage nach altersgerechtem Wohnraum für Alleinstehende steigt in den nächsten Jahren aber auch an, weil Babyboomer häufiger ledig, getrennt oder geschieden sind als die bisherige ältere Generation. Dies zeigt eine [Studie zu den Wohnbedürfnissen im Alter im Kanton Zürich](#). Das hat nicht nur Folgen für die Nachfrage nach Wohneinheiten, sondern auch für die benötigte Wohnfläche pro Person.

Gleichzeitig verändert sich die Wohnmobilität im Alter. Das Modell, wonach Rentner in ihrer lieb gewonnenen Familienwohnung bleiben, bis sie – oft unfreiwillig – ins Altersheim wechseln, stirbt langsam aus. Die Zahl der reinen Altersheime (ohne ausdrückliches Pflegeangebot) geht stark zurück, gemäss [Bundesamt für Statistik](#) von über 1900 Institutionen im Jahr 2006 auf unter 450 im Jahr 2012. Die jungen Rentner von heute befassen sich frühzeitig mit ihrer Wohnsituation und suchen vermehrt ein altersgerechtes Apartment, wo sie selbständig leben können, bis sie tatsächlich pflegebedürftig werden. Der Bedarf an Wohnraum ohne unnötige Hürden für Senioren – wie steile Treppenhäuser – und in altersgerechter Umgebung – beispielsweise mit Anbindung ans Nahverkehrsnetz und

Betreuungsangeboten – nimmt deshalb stark zu. «Wohnen im Alter hat zunächst wenig mit Alters- und Pflegeheimen zu tun», erklärt Antonia Jann, Geschäftsführerin [der Stiftung Age](#).

Zu wenig Wohnungen

In den meisten Städten ist die Alterspolitik deshalb auf der Traktandenliste nach oben gerückt. Drei Viertel aller Schweizer Städte verfügen [gemäss Städteverband](#) inzwischen über Gremien, die sich ausdrücklich mit der Alterspolitik beschäftigen. Die Stadt Bern hat in einer Erhebung festgestellt, dass der Anteil an hindernisfrei zugänglichen Wohnungen heute deutlich zu tief ist: Nur gerade rund 17 Prozent aller Wohnungen auf Stadtgebiet entsprachen 2012 dieser Vorgabe. Laut Jann führt dies dazu, das ältere Personen in ihrer angestammten, oft überdimensionierten, aber günstigen Wohnung bleiben – und am Schluss doch nur noch einen Platz im Heim finden. So kommt die Pflegeabhängigkeit früher als eigentlich notwendig. Auch der Architektursoziologe Joris von Wezemaal und der Altersforscher François Höpflinger kommen 2014 in ihrem [«Age Report»](#) zum Schluss, das heutige Wohnungsangebot sei noch zu wenig darauf ausgerichtet, den Mehrwert zu verdeutlichen, den ein Wohnungswechsel bringe.

Die Stadt Bern fördert deshalb Bauprojekte für altersgerechte, hindernisfreie, bezahlbare Wohnbauten auf städtischem Land gezielt – einerseits auf eigenen Grundstücken, andererseits, indem die Bedürfnisse der älteren Generation an Bauherrschaft und Architekturbüros vermittelt werden. Bis vor wenigen Jahren sei darauf kaum geachtet worden, erklärt Nicole Stutzmann, in der Direktion Bildung, Soziales und Sport für die Umsetzung der Alterspolitik zuständig. Inzwischen finde ein Umdenken statt: Während bis vor einigen Jahren fast ausschliesslich die familiengerechte Stadtentwicklung im Fokus gestanden sei, rückten nun die Bedürfnisse der Senioren-Generation in den Vordergrund, beobachtet sie.

Häufig ist indessen gar nicht nur die Wohnung selbst das Problem. Zusätzliche Schwierigkeiten bereitet die nähere und weitere Wohnumgebung – beispielsweise punkto Erreichbarkeit, Sicherheit oder sozialer Kontakte. So beträgt die durchschnittliche Gehzeit zur nächsten Haltestelle in Schweizer Städten [gemäss «Age Report» gegen sechs Minuten](#) – für mobile Erwachsene gerechnet und ohne Hindernisse zu berücksichtigen. Seit letztem Herbst führt die Stadtverwaltung von Schaffhausen deshalb regelmässig von Fachleuten begleitete Quartierbegehungen mit älteren Bewohnern durch, um Verbesserungspotenzial zu orten. Es reiche nicht, wenn Wohnungen baulich alters- und behindertengerecht konzipiert seien, stellt der frühere Stadtluzerner Sozialdirektor Ruedi Meier fest. «Die grösste Herausforderung ist es, im Umfeld dieser Apartments Angebote zu schaffen, damit die Leute so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.»

Briefkasten-Kontrolle

Zunehmende Bedeutung erhalten dabei sogenannte Soft-Faktoren. So wird bei der [Siedlung Himmelreich 3](#), welche die von Meier präsierte Allgemeine Baugenossenschaft im Luzerner Neustadtquartier plant, ausdrücklich Wert auf ein funktionierendes soziales Netz gelegt. Es handelt sich um ein

wichtiges Pilotprojekt für Luzern im Hinblick auf ähnliche Pläne in andern Quartieren, Stadtteilen und Kleinstadtteilen. Unter dem Stichwort «Wohnen mit Dienstleistungen» wird die neue Siedlung ganz auf die Bedürfnisse der älteren Bewohner ausgerichtet. Mit regelmässigen Briefkasten- und Storenkontrollen wird zum Beispiel sichergestellt, dass schnell erkannt wird, wenn jemand krank oder verletzt in seiner Wohnung liegt. «Die Freiwilligenarbeit muss institutionalisiert und professionalisiert werden», ist Meier überzeugt. Laut Jann ist dies auch aus einem anderen Grund notwendig: Die wachsende Berufsmobilität führe dazu, dass die nachfolgende Angehörigen-Generation häufiger als früher nicht mehr am selben Wohnort lebe. Laut Wezemael und Höpflinger werden Quartier- und Nachbarschafts-Entwicklung deshalb «zu wesentlichen Dimensionen kommunaler Alterspolitik».

«Das Leben ist schön, dank dem, dass es immer wieder Neu-Anfänge gibt», schreibt Giovanelli-Blocher in ihrem Aufsatz: «Unsere neue Wohnung ist, ohne als solche ausgeschrieben worden zu sein, altersgerecht: Lift, kaum Schwellen im Haus, Hauswart für Notfälle, Infrastruktur ist in der nächsten Umgebung vorhanden.» Einiges deutet darauf hin, dass dies die Zukunft für die Städteplaner sein muss.